

Solide Politik der Koalition

Rente nach Krise gestärkt

Gute Nachricht für die Rentnerinnen und Rentner, gute Nachricht für alle Beitragszahler: Auch die Rentenversicherung bewältigt die Folgen der Wirtschaftskrise souverän. Dank Schutzklausel blieben die Altersbezüge in den vergangenen Jahren stabil – ab Juli steigt die Rente sogar um ein Prozent.

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch eine Anhebung der Renten um 0,99 Prozent beschlossen. 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner erhalten ab dem 01. Juli somit leicht erhöhte Bezüge. Dieser Schritt setzt die solide Rentenpolitik der christlich-liberalen Koalition fort. Union und FDP hatten stets auf einen Ausgleich zwischen den Interessen der Ruheständler und der Beitragszahler gesetzt. Auch die jüngste Entscheidung zur Erhöhung der Renten wurde mit Blick auf die Stabilität des Systems getroffen.

2009 hatte die unionsgeführte Bundesregierung eine erweiterte Renten-Schutzklausel durchgesetzt. Während die Entwicklung des Rentenniveaus generell an die Lohnentwicklung gekoppelt ist, eröffnet diese Schutzklausel Möglichkeiten für Ausnahmen: So bleiben die Renten unverändert, wenn das Lohnniveau sinkt. Dafür wird der entsprechende Rückgang in den folgenden Jahren nachgeholt, in denen die Löhne wieder steigen. Eine faire Lösung: Dieser Mechanismus bewahrt nicht nur die Rentnerinnen und Rentner vor Einschnitten, sondern schützt gleichzeitig auch die Beitragszahler vor verdeckten Mehrbelastungen.

Die Renten-Schutzklausel verhinderte im vergangenen Jahr eine Kürzung der Altersbezüge. Aufgrund des rückläufigen Lohnniveaus wären schmerzvolle Einschnitte notwendig geworden. Doch die christlich-liberale Koalition hielt die Altersbezüge stabil. Nun gilt es, die Schutzklausel weiter zu

beachten und die 2010 vertagte Entwicklung schrittweise nachzuholen. Das ist der Grund für den im Vergleich zur erfreulichen Lohnentwicklung moderaten Anstieg der Renten.

Die erfolgreiche Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen hatte zuletzt eine überraschend positive Entwicklung der Konjunktur ermöglicht. Wachstum und Beschäftigung legten infolgedessen stark zu; in manchen Regionen – insbesondere in bayerischen Landkreisen – liegt das Ziel der Vollbeschäftigung zum Greifen nahe. Vor diesem Hintergrund war es zu einem deutlichen Zuwachs der Löhne gekommen. In einigen Branchen stiegen die Einkommen der Arbeitnehmer um bis zu vier Prozent. Ohne den Ausgleich der Renten-Schutzklausel aus den vergangenen Jahren wäre die Erhöhung der Altersbezüge daher höher ausgefallen. In den alten Bundesländern hätte sie 1,99 Prozent betragen, in den neuen Bundesländern 1,41 Prozent.

Berechenbarkeit und Verlässlichkeit liegen der christlich-liberalen Koalition besonders am Herzen. Daher stehen Union und FDP zur erweiterten Renten-Schutzklausel und zur Stabilität des Systems. Das Vorgehen der Koalitionsfraktionen ist nicht nur Ausdruck einer fairen Solidarität zwischen den Generationen. Vielmehr schafft es auch die Voraussetzungen dafür, dass weiterhin eine angemessene Rente garantiert werden kann.

**Solide Politik –
Stabiles System**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor wenigen Tagen habe ich das in der Fürst-Wrede-Kaserne beheimatete Familienbetreuungscenter der Bundeswehr für Soldaten im Auslandseinsatz am Familientag besucht: Dass ich am Familientag bei den Angehörigen und den Soldatinnen und Soldaten zu Gast sein durfte, war eine besondere Geste der Verbundenheit und der Vertrauens. Für mich war vor allem von Bedeutung, dass mir aus der Praxis der Einsätze viel neues mitgeteilt wurde und dass ich die sehr persönlichen Erfahrungen, Sorgen und Nöte erfahren habe.




Bei diesem Besuch war wichtig, dass die Soldatinnen und Soldaten die Anerkennung erfahren, die der enormen persönlichen Leistung entspricht, die ihr Dienst für unser Land hat. Es liegt mir am Herzen, dass die Soldaten wissen, dass wir nicht einfach wegschauen, Sie in ihrem Auslands-Einsatz nicht alleine lassen. Es gilt eben nicht: Aus den Augen – aus dem Sinn. Nein, sie alle sind mitten in unserer Gesellschaft! Und es ist mir wichtig, dass die Soldaten und ihre Angehörigen wissen, auch nach der Rückkehr aus einem solchen Auslands-Einsatz stehen wir an ihrer Seite, wenn es schwierig ist, das Erlebte zu verarbeiten.

Als Bundestagsabgeordneter bin ich mir bei jeder Entscheidung über einen neuen Auslandseinsatz der Bundeswehr und bei jeder Verlängerung eines bestehenden Auslandseinsatzes sehr bewusst, dass dies auch bedeutet, Soldatinnen und Soldaten erheblicher und manchmal leider auch tödlicher Gefahr auszusetzen.

Ich bin ich stolz auf die Leistung unserer Soldatinnen und Soldaten vor Ort und danke dem Familienbetreuungscenter für die hervorragende Arbeit!

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

2011 ist das Jahr des Patienten

Koalition für kurzen Weg zum Arzt

Die christlich-liberale Koalition stärkt die medizinische Versorgung im ländlichen Raum und in strukturschwachen Stadtteilen. Vom geplanten Gesetz profitieren sowohl die Patienten als auch die Ärzte.

Der Einsatz von Union und FDP für den ländlichen Raum zahlt sich aus: Die Gesundheitspolitiker der Koalitionsfraktionen einigten sich auf die Grundzüge eines Gesetzes zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in der Fläche. Durch diese Initiative stellt die christlich-liberale Koalition sicher, dass der Weg zum Arzt auch in Zukunft kurz bleibt. Davon profitieren die Menschen in den betroffenen Regionen sowie die dort ansässigen Ärzte gleichermaßen: Die Patientinnen und Patienten werden sich auch in Zukunft gut versorgt wissen, die Mediziner erhalten zahlreiche Erleichterungen.

Ein System aus verschiedenen Anreizen soll junge Mediziner ermutigen,

sich auf dem Land oder in strukturschwachen Stadtteilen niederzulassen. Ärzte, die sich für diesen Weg entscheiden, sollen unter anderem über einen Strukturfonds der Kassenärztlichen Vereinigung gefördert werden. Außerdem sollen bestimmte Begrenzungen der Vergütung für sie nicht gelten; auch Preiszuschläge für die Leistungen dieser Ärzte sollen möglich werden. Darüber hinaus garantiert das geplante Gesetz Mediziner, die sich in unterversorgten Regionen niederlassen, die Möglichkeit auf eine Rückkehr in gut versorgte Bereiche. Dieses innovative Instrument sorgt dafür, dass eine Niederlassung im ländlichen Bereich künftig keine unabänderliche Lebensentscheidung mehr sein muss.

Bei der medizinischen Bedarfsplanung soll künftig das Subsidiaritätsprinzip stärkere Berücksichtigung finden. Dafür hatte sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in den Verhandlungen stark gemacht. Künftig sollen die Bundesländer stärker in die Bedarfsplanung eingebunden werden. Davon verspricht sich die christlich-liberale Koalition eine intensivere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. In die gleiche Richtung wirkt eine Änderung bezüglich der Honorar-Verteilung der ambulanten Ärzte. Diese soll künftig von der Kassenärztlichen Vereinigung geregelt werden. Auch dadurch eröffnen sich Möglichkeiten zur stärkeren Berücksichtigung regionaler Eigenheiten.

Diese Woche

Solide Politik der Koalition	
Rente nach Krise gestärkt	1
2011 ist das Jahr des Patienten	
Koalition für kurzen Weg zum Arzt	2
Parteitag wirkt positiv nach	
Frische Ideen nach Berlin	2
PID-Entscheidung berührt Grundlagen des Staatsverständnisses	
Drei Varianten, eine klare Tendenz	3
Bildungsrepublik Deutschland	
„Training made in Germany“	4
Sozialwahl hat begonnen	
Wichtige Stimme	4
Wirtschafts- und Energiepolitik im Einklang	
Christsoziale für beschleunigten Umstieg	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Parteitag wirkt positiv nach

Frische Ideen nach Berlin

Die Christsozialen im Bundestag halten Wort: Sie berieten über jeden einzelnen Antrag, den der letzte Parteitag an sie überwiesen hatte. Einige Initiativen der Antragsteller konnten bereits vorangebracht werden.

Jedes Mitglied der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wurde direkt ins Parlament gewählt. Initiativen aus dem Wahlkreis werden somit häufig direkt aufgegriffen, denn alle christlich-sozialen Abgeordneten stehen in einem besonders engen Austausch mit den Bürgern und Parteimitgliedern vor Ort. Gleichzeitig bringt auch das oberste Beschlussorgan der CSU, der Parteitag, frischen Wind in die Arbeit der Parlamentarier. Die Christsozialen im Bundestag befassten sich mit sämtlichen Anträgen des Parteitages vom Oktober des vergangenen Jahres, die in ihre Zuständigkeit fielen. In vielen Fällen konnten die Forderungen der Antragsteller bereits in den politischen Prozess eingebracht werden.

Der Parteitag vom Oktober 2010 hatte mehrere hundert Anträge beraten. Dutzende dieser Initiativen verwiesen die Delegierten an die CSU-Landesgruppe im Deutschen

Bundestag, da sie eine weitere Prüfung der Antrags-Forderungen für notwendig erachteten. Um sämtliche Anregungen der Parteibasis effektiv aufnehmen zu können, gingen die christlich-sozialen Abgeordneten arbeitsteilig vor. Die Anträge wurden von den Fachpolitikern in den zuständigen Arbeitskreisen ausführlich beraten. Die sechs Arbeitskreise der Christsozialen im Bundestag decken alle Politikfelder ab und tagen unter dem Vorsitz der zuständigen Sprecher der CSU-Landesgruppe.

In vielen Fällen gelang es den christlich-sozialen Abgeordneten bereits, die Forderungen der Initiatoren in die Arbeit der Koalition einzubringen. Andere Anregungen behalten die Parlamentarier weiter auf ihrer Agenda. In jedem Fall erhalten die Initiatoren jedes Antrags innerhalb der sechsmonatigen Frist einen schriftlichen Bericht über den Fortschritt des von ihnen angeregten Projekts.

PID-Entscheidung berührt Grundlagen des Staatsverständnisses

Drei Varianten, eine klare Tendenz

Die erste Bundestagsdebatte über die Zukunft der Präimplantationsdiagnostik in Deutschland hat gezeigt: Das Parlament nimmt die ethischen Bedenken aller Beteiligten ernst. Bei der Entscheidung im Sommer werden die Abgeordneten alleine ihrem Gewissen folgen. Unter den Christsozialen im Deutschen Bundestag zeichnet sich dabei schon eine klare Tendenz ab.

Die Präimplantationsdiagnostik (PID), über die der Deutsche Bundestag am Donnerstag erstmals beriet, weckt gleichermaßen Hoffnungen und Ängste. Auf der einen Seite stehen Eltern, die einen Gendefekt in sich tragen und diesen nicht an ihre Kinder weitergeben wollen. Sie wünschen sich gesunden Nachwuchs und sind daher bereit, die langwierige Prozedur der PID auf sich zu nehmen. Sie wollen Embryonen künstlich erzeugen und untersuchen lassen, um herauszufinden, welche den entsprechenden Gendefekt nicht tragen. Nur diese werden in die Gebärmutter eingepflanzt, die anderen dagegen vernichtet. Nach den bisherigen Erfahrungen sind durchschnittlich 33 Befruchtungen notwendig, bevor ein Baby auf diesem Weg geboren wird.

Hier setzen die Gegner der PID an. Sie halten es für untragbar, dass so viele Menschenleben vernichtet werden, bevor eines überleben darf. Christsoziale unter den PID-Skeptikern verweisen in diesem Zusammenhang auf das Grundsatzprogramm der CSU, in dem es heißt: „Das ungeborene Kind ist Mensch von Anfang an. Jede Unterscheidung zwischen ‚lebenswertem‘ und ‚lebensunwertem‘ Leben ist für uns ein Verstoß gegen die Menschlichkeit und wird von uns bekämpft.“ Betroffene fürchten außerdem eine Stigmatisierung ihrer Behinderungen, wenn sich diese auf einer Liste finden lassen, die eine PID rechtfertigen. Sie verweisen darauf, dass Eltern bereits heute unter Rechtfertigungsdruck stehen, wenn sie sich vorbehaltlos auf jedes Kind freuen und daher eine Fruchtwasser-Untersuchung ablehnen.

Beobachter sind sich nach der ersten Plenardebatte zur Präimplantationsdiagnostik einig: Der Deutsche Bundestag erlebt eine Sternstunde der Parlamentsgeschichte. Seit dem vergangenen Sommer bilden sich alle Abgeordneten eine eigene Meinung zur ethisch wie rechtlich komplexen

Frage nach der Zukunft der PID in Deutschland; am Donnerstag diskutierten sie drei Stunden lang in aller Offenheit über dieses Thema; im



Die Mehrheit der CSU-Bundestagsabgeordneten ist für ein konsequentes Verbot der PID.

Sommer werden sie alleine ihrem Gewissen folgen, wenn sie die wichtige Entscheidung ohne Rücksicht auf ihre Fraktionszugehörigkeit treffen.

Vor diesem Hintergrund haben sich drei Gruppen von Parlama-

riern gebildet, die je einen Lösungsvorschlag erarbeitet haben. Eine Gruppe hat einen Gesetzesentwurf für ein konsequentes PID-Verbot erstellt; sie wird von mehr als 190 Abgeordneten unterstützt. Die beiden anderen Anträge unterscheiden sich dadurch, wie weit sie die Gründe für mögliche Ausnahmen von einem Verbot definieren. Der am weitesten gehende Entwurf findet bisher gut 210 Unterstützer, die abgeschwächte Variante nur rund 35. Die meisten Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag haben bereits entschieden, wie sie im Sommer abstimmen wollen. 28 Abgeordnete haben den Antrag für ein konsequentes Verbot der PID unterzeichnet, ein Abgeordneter unterstützt den Gesetzesentwurf, der die weitestgehende Zulassung der PID vorsieht. 15 Christsoziale haben sich noch nicht festgelegt.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Selbstbedienung

Schon in der Theorie verneinen viele Kommunisten den Unterschied zwischen Mein und Dein. Doch auch im echten Leben kommt es zu „Verwechslungen“ in Eigentumsfragen. Ein Nachwuchspolitiker der Linkspartei wurde nun in flagranti beim Diebstahl von steuerfinanziertem Toilettenpapier erwischt. Mitarbeiter des Stralsunder Rathauses stellten den erklärten Kapitalismus-Gegner samt Diebesgut. Sie hatten sich monatelang über den hohen Papierverbrauch im Herren-WC gewundert und sich schließlich auf die Lauer gelegt – mit Erfolg. Bis zu 200 Rollen seien auf wundersame Weise verschwunden, womöglich aber nicht alle im Gepäck des Ertappten, so die Staatsanwaltschaft. Schon vor Abschluss der strafrechtlichen Ermittlungen ist klar: Die hehren Ideale der Linken sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Selbstzerstörung

Nicht nur der Napoleon von der Saar, auch die Genossen daheim machen Klaus Ernst (Die Linke) sein Berliner Luxusleben schwer. Beim bayrischen Landesverband der Rostroren brennt es lichterloh. Bisheriger Höhepunkt der Selbstzerstörung war der skandalträchtige Parteitag im letzten Dezember. Doch schlimmer geht's immer: Nun, so die Süddeutsche Zeitung, habe die Landesschiedskommission der Linken den Parteitag und damit auch seine Ergebnisse „für null und nichtig erklärt“. Der Vorwurf der Beschwerdeführer habe auf Wahlunregelmäßigkeiten gelautet – es habe mehr gezählte Stimmen als stimmberechtigte Delegierte gegeben! Hut ab vor der „Erneuerung“ der deutschen Neo-Kommunisten: Mögliche Wahlergebnisse jenseits der 100 Prozent kannte die Partei nicht einmal, als sie noch SED hieß.

Bildungsrepublik Deutschland

„Training made in Germany“

Mehr Ausbildungsverträge, weniger junge Menschen im Übergangssystem, weniger Altbewerber. Die Lage der Berufsbildung ist gut und soll noch besser werden.

Junge Menschen wollen hervorragende Chancen für den Karriereeinstieg, Unternehmen wollen Spitzenfachkräfte ausbilden. Für beides steht das System der dualen Berufsausbildung, mit der Deutschland international Maßstäbe setzt. Der Berufsbildungsbericht 2011 zeigt: Das Land ist auf einem guten Weg. Am Freitag wurde der Bericht im Bundestag beraten. Neben den vielen guten Nachrichten – mehr Ausbildungsverträge als erwartet, weniger junge Menschen im Übergangssystem, weniger Altbewerber – brachten die Redner der Union auch künftige Arbeitsschwerpunkte auf den Punkt.

Die Demographie lässt die Schulabgängerzahlen sinken; der Einzelne wird für die Wirtschaft immer wichtiger. Deshalb sollen Schule und Ausbildung noch besser vernetzt werden, besonders im Fall von jungen Migranten. Bewährt haben sich die sogenannten Bildungsketten. Diese hatte die christlich-liberale Koalition mit den Ländern eingeführt. Die Ketten beginnen mit Potenzialanalysen in der siebten Klasse und unterstützen die Jugendlichen bis zum Ende ihrer Ausbildung. „Training made in Germany“ ist ein Erfolgskonzept – und wird noch besser.

Sozialwahl hat begonnen

Wichtige Stimme

Neben der Bundestags- und der Europawahl ist sie die einzige Abstimmung in ganz Deutschland: 48 Millionen Menschen sind zur Sozialwahl aufgerufen.

Sie treffen wichtige Entscheidungen, die Millionen von Menschen betreffen und noch mehr Millionen von Euro bewegen: Die Selbstverwaltungen der Sozialversicherungsträger. Die Administration in Eigenregie garantiert den Versicherungen die größtmögliche Unabhängigkeit vom Staat. Die ehrenamtlichen Vertreter der Versicherten werden nur alle sechs Jahre gewählt – nun ist es wieder so weit. Vom 11. April bis zum 01. Juni sind die 48 Millionen Versicherten der Deutschen Rentenversicherung und der Ersatzkassen aufgerufen, ihre Stimme abzugeben.

Die Bedeutung der zur Wahl stehenden Verwaltungsräte und Mitglieder der Vertreterversammlung darf nicht unterschätzt werden. Sie entscheiden etwa über die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen und verantworten den Haushalt der Versicherungen. Die Wahlberechtigten – alle Beitragszahler, die mindestens 16 Jahre alt sind – erhalten die benötigten Unterlagen automatisch per Post. Die Rücksendung ist portofrei und muss bis zum 01. Juni beim Wahlamt eingegangen sein. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ruft dazu auf, dieses wichtige Wahlrecht wahrzunehmen.

Wirtschafts- und Energiepolitik im Einklang

Christsoziale für beschleunigten Umstieg

Direkter Austausch mit dem Unternehmer-Nachwuchs: Die Spitze der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag kam am Montag mit einer Gruppe bayerischer Jungunternehmer zusammen. Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der christlich-sozialen Abgeordneten in Berlin, bekannte sich dabei erneut zu einem beschleunigten Umstieg auf die Erneuerbaren Energien.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag steht hinter einem beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien. In einem Gespräch mit jungen bayerischen Unternehmern stellten sich die Vorsitzende Gerda Hasselfeldt und der Parlamentarische Geschäftsführer Stefan Müller am Montag in Berlin klar hinter entsprechende Pläne der christlich-liberalen Bundesregierung.

Im Dialog mit den jungen Unternehmern spielten auch Fragen der Haushaltspolitik eine wichtige Rolle. Frau Hasselfeldt verdeutlichte ihre Sympathie für die Interessen ihrer Gäste an einer generationengerechten Budgetplanung. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die Schuldenbremse. Die unionsgeführte Bundesregierung hatte dieses

weltweit einmalige Instrument im Grundgesetz verankert und sich somit in seiner Ausgabenpolitik selbst stark eingeschränkt. Nach neuesten



CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und der Parlamentarische Geschäftsführer Stefan Müller im Dialog mit jungen bayerischen Unternehmern.

Prognosen wird die christlich-liberale Koalition bereits in diesem Jahr die Defizit-Grenze der Euro-Stabilitätskriterien wieder erfüllen. Nach der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise war ursprünglich erwartet

worden, dass dieses Ziel erst 2013 zu erreichen sein wird.

Frau Hasselfeldt dankte den jungen Unternehmern für ihre Reise in die Hauptstadt. Sie freue sich über jeden Austausch mit Praktikern, so die Landesgruppen-Vorsitzende. Seit dem Einzug in den Bundestag habe sie den regelmäßigen Dialog mit Unternehmern in ihrem Wahlkreis gepflegt, da sie deren Perspektive auf die Auswirkungen der Regierungspolitik besonders schätze. Die rund 20 bayerischen Unternehmer hielten sich von Montag bis Dienstag in Berlin auf.

Nach ihrem Austausch mit Frau Hasselfeldt und Müller wurden sie auch von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer empfangen. Am Dienstag beobachteten sie die Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.